

KLUB REPORT

Österreichische Post AG · SP 05Z036406 S · 1010 Wien
Impressum: Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ), Landesgruppe Wien, Rathausplatz 8, 1010 Wien,
Erscheinungsort: Wien, Verlagspostamt: 1010 Wien, Verlags- und Herstellungsort: Wien | Österreichische Post AG/SP 05Z036406 S

AUSGABE 08/2024



Teuerung und Gebührenflut belasten Wien: Ludwig unter Beschuss

Die finanzielle Belastung der Wienerinnen und Wiener erreicht einen neuen Höhepunkt: Ob im Privathaushalt oder im Unternehmertum – die Teuerung drückt auf alle Lebensbereiche. Die FPÖ Wien macht Bürgermeister Michael Ludwig und dessen Politik für die massive Belastung verantwortlich.

Die hausgemachte Inflationstreiberei muss endlich gestoppt, die Wiener entlastet werden, fordern die Freiheitlichen und haben deshalb in der letzten Gemeinderatssitzung des Jahres das Thema zur „Aktuellen Stunde“ gemacht, in der eine Vielzahl von Anträgen eingebracht wurden.

Gebühren steigen auch 2025 weiter
Mit Jahresbeginn 2025 werden die

stadteigenen Gebühren erneut angehoben. Parkscheine, Kanalgebühren, Müllabfuhr und Wasser werden teurer. Ein Beispiel: Der Parkscheinpreis steigt von 2,50 Euro auf 2,60 Euro, während die Kosten für Wasser und Müll um knapp sechs Prozent wachsen. „Diese ständigen Erhöhungen treffen besonders jene, die ohnehin kaum über die Runden kommen“, kritisieren der Wiener FPÖ-Chef Stadtrat Dominik Nepp und Maxi-

milian Krauss die Stadtpolitik und Bürgermeister Ludwig.

Auch die Energiepreise steigen deutlich. Besonders die Netzgebühren, welche durch den Ausbau der erneuerbaren Energien angetrieben werden, belasten die Bevölkerung. Die überambitionierten Klimaziele Wiens sind in Zeiten der Teuerung nicht finanzierbar. Das Auslaufen der Strompreisbremse werde die Situation weiter ver-

Bleib auch Digital stets informiert

 [instagram.com/fpoe_wien](https://www.instagram.com/fpoe_wien)

 [facebook.com/fpoewien](https://www.facebook.com/fpoewien)

 www.fpoe-wien.at



StR Dominik Nepp
FPÖ Landesparteiobmann



Kein Platz für Clan-Kriminalität

Die eskalierende Clan-Kriminalität in Wien, wie der jüngste Fall einer syrischen Familie in Floridsdorf, verdeutlicht das komplette Versagen von Innenminister Karner und Bürgermeister Ludwig. Brennende Autos, Bedrohungen und die völlige Missachtung von Rechtsstaatlichkeit sind zur traurigen Realität geworden. Statt entschlossen zu handeln, haben ÖVP und SPÖ diese Entwicklungen über Monate ignoriert und die Kontrolle den kriminellen Clans überlassen. Vor allem syrische, afghanische und tschetschenische Gruppen beherrschen bereits einzelne Grätzler in Wien. Gleichzeitig signalisieren selbsternannte Clan-Chefs der Polizei, ihre Angelegenheiten selbst zu regeln. Dieser Zustand ist ein Angriff auf die öffentliche Sicherheit. Es braucht endlich ein kompromissloses Durchgreifen und die konsequente Abschiebung aller Beteiligten, bevor Wien vollends in Clan-Herrschaft versinkt.



schärfen, denn der Preis pro Kilowattstunde steigt drastisch.

Schulden und Ausgabenpolitik

Seit 2006 steigen die Schulden der Stadt jährlich um über zwölf Prozent. Statt Einsparungen und Investitionen in notwendige Bereiche wie Bildung oder Gesundheit zu tätigen, werde Geld falsch verteilt. Besonders die Wiener Mindestsicherung steht im Fokus. Mit über einer Milliarde Euro jährlich belastet diese das Budget erheblich, wobei über 60 Prozent der Bezieher keine österreichische Staatsbürgerschaft hätten. Die arbeitende Bevölkerung wird ausgepresst, um eine immer weiter steigende Mindestsicherung zu finanzieren.

Kritik an Vereinsförderungen

Auch bei den Vereinsförderungen herrschen inakzeptable Missstände. Insgesamt 28 Millionen Euro fließen jährlich in Integrations-

und LGBTIQ-Vereine. Viele dieser Vereine arbeiten intransparent, der Output bleibt fragwürdig.

Hier ließe sich erheblich sparen, um dringend benötigte Investitionen in Infrastruktur, Schulen und das Gesundheitssystem zu tätigen.

Vernachlässigte Infrastruktur

Ein weiteres Problem: Die Stadt Wien investiert zu wenig in die Instandhaltung ihrer Infrastruktur. Von den benötigten 558 Millionen Euro wurden im letzten Jahr rund 150 Millionen Euro weniger ausgegeben. Die Folgen spüren die Wiener tagtäglich: Ausfallende U-Bahn-Rolltreppen, marode Gemeindebauten und ein überlastetes Bildungs- sowie Gesundheitssystem prägen das Stadtbild. Bürgermeister Ludwig und Stadtrat Hanke suchen stets neue Wege, um die Wiener zu belasten, statt Geld sinnvoll einzusetzen.

Millionen Euro für rot-pinke Eigen-PR

Ein Bericht des Stadtrechnungshofes Wien zur Inseratenvergabe der Stadt Wien und ihrer Unternehmen offenbarte gravierende Mängel in der Transparenz und Effizienz der Vergabepraxis. Rund 194 Millionen Euro wurden zwischen 2016 und 2021 für Werbeaufträge ausgegeben, doch grundlegende Kriterien wie Sparsamkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit wurden nicht durchgängig eingehalten.

Im Rathaus reagierte man gelassen: In ihrer Stellungnahme machte die MA53 unmissverständlich klar, dass die SPÖ 70 Prozent (!) der Empfehlungen des Stadtrechnungshofes NICHT umzusetzen gedenkt. Die Inseratenvergabe dient offenbar weniger der Information

der Bevölkerung als vielmehr der Selbstdarstellung der Stadtregierung.

Unzureichende Dokumentation von Vorgesprächen und Preisverhandlungen sowie die fehlende Nachvollziehbarkeit der Auswahlkriterien für bestimmte Medien sind nur zwei der Kritikpunkte. Auffällig sei jedoch die Konzentration von Medienkooperationen bei einzelnen Verlagen. Es ist völlig inakzeptabel, dass bei Millionenbeträgen der Nachweis über den tatsächlichen Nutzen oder die Zielgruppenansprache fehlt. Bürgermeister Ludwig muss endlich Verantwortung übernehmen und die Inseratenpolitik transparent gestalten.

Kleingartenaffäre muss politisches Nachspiel haben

Im SPÖ-Kleingartenskandal wird die Justiz weitere Ermittlungen gegen hochrangige Funktionäre der Wiener SPÖ, unter anderem den Donaustädter Bezirksvorsteher Ernst Nevriy, einleiten. Dies zeigt, dass die damalige Prüfung der Affäre durch die SPÖ-Landespartei-sekretärin Barbara Novak nicht nach objektiven Kriterien erfolgte und Bürgermeister Ludwig versuchte, diesen heimlich, still und leise unter den Teppich zu kehren. Offenbar sollten Käufe, Umwidmungen und damit einhergehende Wertsteigerungen

von Kleingartengrundstücken zu Gunsten einzelner nicht aufgedeckt werden. Tatsache ist, dass sich zahlreiche Politiker der Wiener SPÖ, aber auch der Partei nahestehende Mitarbeiter und Beamte, zu günstigsten Preisen Kleingartengrundstücke gesichert haben, deren Wert sich nach Umwidmungen verdoppelt hat. Während sich das rote Promi-Netzwerk Kleingartengrundstücke und eine Wertsteigerung eingestreift hat, haben Wiener Normalbürger keine Chance auf ihren Lebensraum für eine solche Ruheoase erhalten. Die Wiener FPÖ verlangt daher eine neuerliche, lückenlose parteiinterne Untersuchung durch unabhängige Experten durchzuführen.



Wir kämpfen für unsere Traditionen!

Es ist ein Skandal, dass in einer Wiener Volksschule das traditionelle Nikolo-Fest gestrichen und durch ein „Sternenfest“ ersetzt wurde, angeblich um „neue Österreicher nicht zu verwirren“. Statt sich klar zu unseren Werten zu bekennen, lässt Stadtrat Wiederkehr dieses Vorgehen stillschweigend durchgehen. Unsere Bräuche und Traditionen gehören gelebt und dürfen nicht immer wieder Zuwanderern zuliebe geopfert werden, die sich einer Integration verweigern. Während schrille Inszenierungen wie Drag-Queen-Lesungen offensichtlich kein Problem darstellen, wird der Nikolo verbannt. Es braucht eine klare Verankerung unserer Bräuche im Bildungsplan, um künftigen Generationen Werte und Traditionen zu vermitteln. Wiederkehrs Doppelmoral ist nicht tragbar: Wasser predigen, aber Wein trinken schadet unserer Kultur und spaltet die Gesellschaft.

Maximilian Krauss
FPÖ Klubobmann



FPÖ lässt U2/U5-Skandal-Bau von Stadtrechnungshof prüfen

Die FPÖ Wien bringt ein Prüfersuchen beim Stadtrechnungshof ein, um Missstände und Kostenüberschreitungen beim U2/U5-Projekt



aufzudecken. „Die Wiener haben ein Recht auf Transparenz“, so FPÖ-Chef Dominik Nepp.

Ursprünglich mit zwei Milliarden Euro budgetiert, sind die Kosten bereits auf 2,3 Milliarden gestiegen. Dazu kommen Verzögerungen wie bei der Wiedereröffnung der U2-Stammstrecke.

Schäden an Stationen, statische Fehler und Pannen wie fehlende Rolltreppen verdeutlichen das

Ausmaß des Versagens. Die FPÖ stellt 31 Fragen zu Planungsfehlern und Vertuschungsvorwürfen und fordert Reformen im Projektmanagement.

Die SPÖ hat erneut bewiesen, dass sie unfähig sind, Großbauprojekte kosten-effektiv umzusetzen.

Nach dem Pratervorplatz oder dem KH-Nord ist der U-Bahn-Bau die nächste Baustelle, die außer Kontrolle geraten ist.



Kein Gedenken an Stalin!

In der Schönbrunner Schloßstraße 30 hatte Josef Stalin 1913 eine Wohnung, eine Tafel erinnert daran. Josef Wissarionowitsch Dschugaschwilli gehört zu den schlimmsten Verbrechern der Menschheitsgeschichte. Seine Terror-Herrschaft, die Deportationen und Zwangsumsiedlungen brachten bis zu 100 Millionen Menschen Tod und Leid. Stalins Opfer sollen aus dem kollektiven Gedächtnis gelöscht werden. Doch Stalins Grausamkeiten richteten sich nicht nur gegen Partei, Armee und Verwaltung, er terrorisierte das eigene Volk, versuchte dessen Willen zu brechen. Mit Gewalt führte er die Zwangs-

kollektivierung der Bauern durch, wodurch es zu Hungersnöten und Millionen Toten kam. Bis 1953 regierte Stalin die Sowjetunion mit rücksichtsloser Härte und brachte Tod und Verderben über das Volk. Schätzungen gehen von bis zu 100 Millionen Todesopfern durch den Stalinismus aus – darunter Millionen von Hungertoten Deportierten, die in den Gulags starben und Menschen, die im Zuge der so genannten „Säuberungen“ hingerichtet wurden. Eine Gedenktafel mitten in Wien mutet angesichts der his-



torischen Fakten zynisch an und muss sofort entfernt werden!

